

Thomas Land: Rezension von Sven Gringmuth: Was war die Proletarische Wende? Ein Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken, Westfälisches Dampfboot 2021, 442 S.

Die 1970er Jahre gelten – zumindest in der deutschen Zeitgeschichtsforschung¹ – gemeinhin als die Vorgeschichte unserer Gegenwart.² Vor diesem Hintergrund hatte sich zuletzt z.B. auch Sebastian Kasper mit den sogenannten Spontis beschäftigt, ohne die – so sein Fazit – „die bundesrepublikanische Linke heute wohl anders aussehen [würde]“³. Ihrem Selbstverständnis nach betrachteten sich die Spontis als die legitimen Nachfolger der antiautoritären, studentischen Protestbewegung von 1968, deren Ideen sie gegen eine angebliche Pervertierung durch die marxistisch-leninistischen K(ommunismus)-Gruppen in den frühen 1970er Jahren zu verteidigen und weiterentwickeln versuchten.⁴

Die Entstehung der – aus Sicht der Spontis – illegitimen Nachfolger der Studentenrevolte und ihr ‚Erweckungserlebnis‘ der Proletarischen Wende stehen im Zentrum von Sven Gringmuths 2019 an der Universität Siegen eingereichten Dissertation. Die Bildung der leninistisch, maoistisch und zum Teil auch stalinistisch ausgerichteten K-Gruppen am Übergang von den 1960er zu den 1970er Jahren, so Gringmuths Ausgangspunkt, dürfe nicht mehr länger als eine rätselhafte Entgleisung missverstanden werden, die den Ideen von 1968 widersprach.⁵ Vielmehr gelte es, „von einer gewissen Kontinuität und Kausalität“ (8, vgl. auch 131, 415) auszugehen, die die Herausbildung der K-Gruppen und ihrer Apotheose der Arbeiterklasse aus der außerparlamentarischen Protestbewegung von 1968ff. als eine möglichen, wenn nicht sogar notwendigen Prozess begreift. Die Organisationsform der Kaderpartei, so Gringmuth, sei als Entwicklungslinie von Anfang an in der antiautoritären Jugend- und Protestbewegung angelegt gewesen und dürfe daher „keinesfalls als ein plötzlicher Einbruch von außen in eine organisch geschlossene, homogene Bewegung“ (22) verstanden werden. Vielmehr sei es so, dass sich die „Wege zur proletarischen Transformation bereits früh in Theorie und Aktion dieser Bewegung abzeichneten und ankündigten, spätestens ab Frühjahr 1969, durch diverse Festlegungen und Verfestigungen, kaum andere strategische Perspektiven denkbar waren.“ (22)

Proletarische Wende: realgeschichtliches Ereignis, Selbstbeschreibungskategorie oder analytischer Begriff?

¹ Zu den internationalen Perspektiven siehe einleitend BÖSCH, Frank: „Zweierlei Krisendeutungen: Amerikanische und deutsche Perspektivierungen der 1970er Jahre“, in: *Neue Politische Literatur (NPL)* 58 (2013), S. 217–230; LEENDERTZ, Ariane: „Zeitbögen, Neoliberalismus und das Ende des Westens, oder: Wie kann man die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts schreiben?“, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 65/2 (2017), S. 191–218.

² DOERING-MANTEUFFEL, Anselm, Lutz RAPHAEL und Thomas SCHLEMMER (Hrsg.): *Vorgeschichte der Gegenwart: Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016.

³ KASPER, Sebastian: *Spontis: Eine Geschichte antiautoritärer Linker im roten Jahrzehnt*, Münster 2019, S. 232.

⁴ Wobei Betriebsinterventionen auch Teil der Praxis der Spontis waren. Im Gegensatz zu den K-Gruppen setzte man aber auf die Spontinität und Autonomie der Arbeitskämpfe. Vgl. KASPER, Sebastian: „Nach den grossen Utopien. Der Wandel der Protestbewegungen in den 1970er Jahren am Beispiel der Spontis“, in: BAUER, Reinhold und Wolfgang BURR (Hrsg.): *Das Ende des „Goldenen Zeitalters“? Der Strukturwandel der 1970er Jahre, seine Rezeption und Folgen aus interdisziplinärer Perspektive*, Stuttgart 2021, S. 165–182, hier S. 196–170.

⁵ So etwa BENICKE, Jens: *Von Adorno zu Mao: über die schlechte Aufhebung der antiautoritären Bewegung*, Freiburg 2010 und BENICKE, Jens: *Die K-Gruppen: Entstehung - Entwicklung - Niedergang*, Wiesbaden 2019.

Der Ausdruck der „Proletarischen Wende“ tauchte zum ersten Mal im Kursbuch 1971 in Abgrenzung zur ‚Studentenbewegung als kleinbürgerlicher Massenbewegung‘ auf (vgl. 9). Bald darauf zirkuliert er in den zeitgenössischen linken Diskussionszusammenhängen der Bundesrepublik und Westberlins mit unterschiedlichen Funktionen, etwa als – mit Koselleck – Erfahrungsregistratur-, Bewegungs- oder Erwartungsbegriff. Gringmuth plädiert nun darüber hinaus dafür, den Quellenbegriff sowohl als Analysekategorie zur Erfassung der Transformation der Neuen Linken nach 1968 (vgl. 9-12), wie auch zur Bezeichnung einer Epoche der westdeutschen Geschichte (z.B. 420) zu verwenden. Die Probleme, die sich aus der Übernahme historischer Begrifflichkeiten zu retrospektiven Analyse- und Periodisierungszwecken ergeben, werden leider nicht reflektiert – ein Defizit, das Gringmuths Anspruch, die „Proletarische Wende als Mentalitäts- und Begriffsgeschichte“ (12) zu schreiben, im Folgenden immer wieder in die Quere kommen wird.

Zunächst führt Gringmuth den Begriff der Proletarischen Wende als ein kollektives Deutungs- und Orientierungsmuster der damaligen Akteure ein, der ein Identifikationsangebot machte und eine gemeinsame kommunikative Praxis ermöglichte. Seine theoretischen Ausführungen zur sprach- und kommunikationswissenschaftlichen Sicht auf politisch-soziale Begriff sind allerdings wenig hilfreich, um Status und Funktion des Begriffs (für Gringmuth?, die Forschung?, die Zeitgenossen?) zu klären (vgl. 12-15). Ziel sei, entlang eines „semantische[n] Umbau[s]“ (14) der studentischen Protestbewegung in Westberlin zwischen Frühjahr 1969 und Sommer 1970 einen Mentalitätswandel festzuhalten, der sich in einem neuen Selbstverständnis (z.B. ‚Student als Agent der Arbeiterklasse‘) und einer veränderten Praxis (z.B. hermetische Organisationsmodelle oder Betriebsintervention) niedergeschlagen hat. Wie genau man sich allerdings die Verknüpfung von Begriffen, Theorien, Mentalitäten und sozialer Praxis vorzustellen hat, lässt Gringmuth offen. Überhaupt bleiben die theoretischen Vorüberlegungen und der daraus abgeleitete methodische Ansatz vage (siehe 12-16). Und so gilt, was Gringmuth mit Blick auf Begriffe festhält, vor allem auch für seine eigene Untersuchung: „Vagheit und Unbestimmtheit der Begriffe machen dabei häufig ihre konkrete diskursive Logik aus.“ (13)

Gegenstand der Analyse, Untersuchungszeitraum und Quellen

Der Fokus der Untersuchung liegt auf der Transformation von Deutungsmustern, auf die eine veränderte Semantik hinweist und die sich in einer neuen Organisationspraxis der Studenten 1969ff. niederschlugen. Wer also etwa eine Rekonstruktion der Ereignisse im Anschluss an die Septemberstreiks im Herbst 1969 oder eine Geschichte der Fabrikintervention der studentischen Betriebsgruppen erwartet, wird enttäuscht. Gringmuth zählt diese Ereignisse zu den Bedingungen bzw. Folgen diskursiver Verschiebungen im linken Spektrum, betrachtet sie allerdings nur so weit, wie sie einen Einfluss auf den semantischen Umbau der Protestbewegung von 1969/70ff. und die Etablierung neuer Deutungsmuster haben.

Gringmuth behandelt auch die konkrete Praxis der Fabrikintervention nur am Rande. Sein Gegenstand ist das diskursive Vor- und Umfeld der Betriebsaktivitäten und die intellektuelle Reflexion darüber.⁶ Entsprechend abstrakt und theorielastig fällt Gringmuths inhaltliche Bestimmung der Proletarischen Wende aus. Der Begriff wird auf vier Ebenen verortet: 1. als Orientierung der institutionell-organisatorischen Praxis am Primat des Proletariats (z.B. Bildung kommunistischer Kaderorganisationen und Betriebsgruppen), 2. als Ausrichtung von

⁶ Zur Praxis: ARPS, Jan Ole: *Frühschicht: Linke Fabrikintervention in den 70er Jahren*, Berlin/Hamburg 2011.

Lebenswelt und Mentalität am Arbeitermilieu, 3. als theoretische und sprachliche Neuausrichtung („Arbeiterbewegungsmarxismus“) und 4. als intellektuelle Suchbewegung einer Linken, die sich an der Geschichte der Arbeiterbewegung einerseits und den Ländern des realexistierenden Sozialismus andererseits orientierte (vgl. 9-12).

Gringmuths Analyse konzentriert sich auf den relativ kurzen Zeitraum von Frühjahr 1969 bis etwa Sommer 1970, behandelt aber auch ausführlich die Mobilisierungsdynamiken seit Mitte der 1950er Jahre bzw. den Zerfall der K-Gruppen ab Mitte der 1970er Jahre. Die heiße Phase jedenfalls setzte im Frühjahr 1969 ein, als „die Arbeit der Basis- und Betriebsgruppen in Westberlin [...] virulent“ (16) wurde. Als Endpunkt der eigentlichen Proletarischen Wende wird die Gründung der KPD/AO im Februar 1970 bestimmt, die sich als die inoffizielle Nachfolgeorganisation des SDS verstand. Mit der Gründung der KPD/AO (ab Sommer 1971 nur noch KPD – ohne den Zusatz ‚AO‘ für Aufbauorganisation), so Gringmuth, gelangte ein „seit dem Winter 1968 andauernder Diskussions- und Suchprozess an sein vorläufiges Ende“ (17, vgl. auch 417). Der mit der Parteigründung eingeschlagene Kurs sollte sich bis zur Implosion der K-Gruppen gegen Ende der 1970er Jahre nicht mehr grundlegend ändern. 1980 löste sich die KPD/AO bzw. KPD offiziell auf. Ab Mitte der 1970er Jahre erodierte der bis dahin – trotz aller Differenzen – einheitliche Diskussionszusammenhang der Neuen Linken. Die Auflösung in diverse linke und linksalternative (Teil-)Öffentlichkeiten und Subkulturen betraf auch die K-Gruppen, die ihre Differenzen darum um so stärker betonten. Die Debatten über Inhalte, Strategien und zukünftige Organisationsform der Studentenbewegung nach der Auflösung des SDS und dem Zerfall der APO werden von Gringmuth primär anhand der Zeitschrift „Rote Presse Korrespondenz“ (RPK) rekonstruiert, die seit 1969 die „relevanteste und auflagenstärkste Zeitschrift der vormals antiautoritären Protestbewegung“ (17) mit bundesweitem Echo war, bis sie im Sommer 1970 „zunehmend zum Kampf- und Kommunikationsblatt“ (260) der KPD/AO und 1971 schließlich zum offiziellen Zentralorgan der KSV, des studentischen Arms der KPD/AO wurde.⁷ Die RPK wird von Gringmuth als „(Theorie-)Leitorgan und relevantestes Diskussionsforum der Suchbewegung der Jahre 1969/70“ vorgestellt, dem die „Funktion als Beförderer und Beschleuniger einer Politik der Proletarischen Wende“ (273) zukam. Ergänzend zur Zeitschrift werden die einschlägigen Zeitungen und Zeitschriften (insb. Kursbuch), vom Autor geführte Interviews, Briefe, Romane sowie private und öffentlich zugängliche Archive herangezogen.⁸

Der Vorlauf der Proletarischen Wende: die antiautoritäre Revolte und ihre Bedeutung in der Transformationsgesellschaft‘

Gringmuth rekonstruiert zunächst Theorie und Praxis der antiautoritären Jugend- und Protestbewegung zwischen 1964 und 1968 vor dem Hintergrund der Transformation der Lebenswelten der Bundesrepublik in den 1960er Jahren. Die Jugend- und Protestbewegung der 1960er Jahre war, so Gringmuth im Konsens mit der Zeitgeschichtsschreibung, zugleich Motor und Ausdruck einer gesamtgesellschaftlichen Modernisierung, die nicht zuletzt den Hochschul- und Bildungsbereich umfasste. Die Forderungen der Studenten bewegten sich im Rahmen eines vermeintlich ohnehin ablaufenden Wertewandels der westlichen

⁷ Zur Zeitschrift und ihrer Relevanz im Vergleich zur ‚agit 883‘ oder dem Kursbuch siehe 247ff. Zum Thema allg. jetzt auch NEUFFER, Moritz: *Die journalistische Form der Theorie: Die Zeitschrift »alternative«, 1958-1982*, Göttingen 2021.

⁸ Das Archiv des Kursbuch jetzt online unter: <https://archiv.kursbuch.online/de/profiles/f6ee67d5697c-kursbuch/editions>

Gesellschaften. Nicht ökonomisch-materielle Interessen, sondern sozio-kulturelle Motive werden von Gringmuth als die treibenden Kräfte hinter den Emanzipations- und Partizipationsbestrebungen seit Mitte der 1960er Jahre identifiziert. Es ging „um eine Erweiterung der gesellschaftlichen Spielräume“ (35) – wohlgermerkt für die Angehörigen einer akademisch ausgebildeten Elite. Dementsprechend wurden die Aktivitäten im Umfeld des SDS von den K-Gruppen rückblickend als eine interne Angelegenheit der Bourgeoisie diskreditiert. Diesem Urteil schließt sich Gringmuth weitgehend an. Es „handelte sich bei der Bewegung im Großen und Ganzen um eine bürgerlich-demokratische Freiheitsbewegung im klassischen Sinne. Die Inhalte, Themen, Forderungen der Bewegung sind gänzlich im (auch damaligen) demokratischen Diskurs beheimatet und gehen an keinem Punkt darüber hinaus. Es sind letztlich gar *die* klassischen Themen der bürgerlichen Demokratie: Meinungsfreiheit, Wahrung des Rechts und der Verfassung, Selbstbestimmungsrecht der Völker und Einhaltung der Menschenrechte, justizielle Verfolgung von Straftaten, Transparenz bezüglich der politischen Biographie der gewählten Volksvertreter, KOMmunkation und Erziehung der Jugend im Geiste der Aufklärung und des demokratischen Rechts.“ (38). Konsequenterweise war der Adressat der zum Teil subversiven Aktionen mit ihrem bisweilen stark moralisierenden und skandalisierenden Charakter die bürgerlich-liberale Öffentlichkeit, die es zu informieren und zu mobilisieren galt. „[I]m Spiegel der Öffentlichkeit, fand die Bewegung zu sich.“ (40) Letztlich, so ließe sich Gringmuth zusammenfassen, forderte man – der Kritischen Theorie folgend – die Einhaltung der aufklärerischen Normen und Werte, der sich die bürgerliche Gesellschaft selbst verpflichtet fühlte.

Voluntarismus und Dringlichkeit

Eine Avantgardefunktion und Führungsrolle für bzw. bei der Entwicklung des SDS weist Gringmuth den „unzertrennlichen Theorie-Twins“ (45) Rudi Dutschke und Bernd Rabehl (später auch Hans Jürgen Krahl) zu, denen – aufgrund ihrer durch die damalige Situation vollkommen ungedeckten Revolutionshoffnungen – ein „geradezu idealtypischer politischer Idealismus und Voluntarismus“ (46) attestiert wird. Vor allem Dutschke drängte angesichts der vorrevolutionären Situation, in der man sich angeblich befinde, zur politischen Intervention, wozu es den SDS zu einer Art revolutionär ausgerichteten Jugendavantgarde-Organisation aus- und umbauen galt. Die beständige Dringlichkeit, jetzt handeln zu müssen, speiste – zusammen mit der Reinszenierung ‚Weimarer Verhältnisse‘ und der Aneignung von Versatzstücken existentialistischer Theorie – einen Aktionismus, der die individuelle Tat bzw. die Entschlossenheit des Intellektuellen aufwertete und damit der Avantgardetheorie der K-Gruppen den Weg ebnete (vgl. 54).

Texte als Handlungsanweisung

Gestützt wurde dieser Aktionismus durch entsprechende Lektüren, wobei die Textauswahl sich „im schmalen wie magischen Zeitfenster ‚Sommerferien 1970‘“ (65) zu einem mehr oder weniger verbindlichen Kanon für angehende Berufsrevolutionäre verdichtete. Es waren laut Gringmuth vor allem drei Texte, die „die Deutungs- und Handlungsmuster der Protestbewegung nachvollziehbar beeinflusst/geprägt“ (66) und so die Proletarische Wende vorbereitet, vielleicht sogar eingeleitet haben.⁹ Aus Max Horkheimers Essay „Autoritärer

⁹ Auswahl und Reichweite des Kanons ließen sich diskutieren. So kommt etwa Johannes Agnoli als zeitgenössische Referenz nicht vor. Allgemein zum Thema jetzt auch BEBNOWSKI, David: *Kämpfe mit Marx: Neue*

Staat“ (1942) bezog man ein verkürztes Staatsverständnis und die Legitimation intellektueller Selbstermächtigung, aus Georg Lukács’ „Geschichte und Klassenbewusstsein“ (1923) die leninistische Lösung der Organisationsfrage¹⁰ und aus Herbert Marcuses „Der eindimensionale Mensch“ (dt. 1967) einen kontrafaktischen, trotzigen Revolutionsoptimismus und die Emphase für die intellektuelle Selbstermächtigung (bereits) emanzipierter Subjekte als die Speerspitze sozialistischer Bewegungen in den Metropolen des Westens.¹¹ „Die Lobpreisung der leninistischen Kaderpartei, der revolutionäre Auftrag der Intellektuellen als Heilsbringer und Erlöser der unterdrückten, manipulierten Massen [...], ein autoritärer/totalitärer Staat, dem man auch nur in totaler Opposition begegnen kann [...], die Idee, dass selbst in den westlichen Industriegesellschaften die sozialistische Revolution herbeigeführt werden kann (ein bloßer Willensakt...): All dies war also vor 1969/70 bereits präsent [...] und entwickelte sich, gemeinsam mit einem westlich gewendeten Maoismus [...] bruchlos zur Ideologie der K-Gruppen, zur Theorie der Transformation.“ (66-67)

Neben den Vertretern des sogenannten ‚westlichen Marxismus‘ wird auf die kaum zu überschätzende Rolle Maos verwiesen. Legte man sich 1967/68 das ‚Kleine Rote Buch‘, die sogenannte Mao-Bibel noch als provozierendes Gadget und Mode-Accessoire zu, so erfolgte ab 1969 der Übergang zur „ernsthaften, bald dogmatischen Rezeption“ (105), die den Maoismus zur „politischen Leitideologie der Transformationslinken“ (107) machen sollte. Vorreiter war auch in diesem Fall Dutschke, dessen Erkenntnis- und Revolutionstheorie in nahezu allen Punkten den Ausführungen Mao-Tse-Tungs folgte (vgl. 106).

Mit den wilden Streiks im Herbst 1969 erfolgte schließlich die Neubesetzung des ‚revolutionären Subjekts‘. Da die Arbeiterklasse sich als nicht so systemkonform und gewerkschaftlich integriert erwiesen hatte, wie zuvor angenommen, ließ man Marcuses, bis dato hegemoniale Randgruppentheorie fallen. Die Revolution sollte fortan nicht länger eine zwar rebellische, aber im Grunde nur hedonistische Jugend, sondern die organisierte Arbeiterschaft machen, der diese Rolle aufgrund ihrer objektiven Stellung im Produktionsprozess ohnehin zufiel. Auch wurde die Erfolg- und Folgenlosigkeit der früheren Studentenbewegung darauf zurückgeführt, dass sie eine kleinbürgerliche Bewegung von

Linke und akademischer Marxismus in den Zeitschriften „Das Argument“ und „PROKLA“ 1959-1976, Göttingen 2021.

¹⁰ Mit Blick auf Lukács war es neben dem Verdinglichungskapitel, den Passagen zur Entfremdung und den Ausführungen zu Totalität kapitalistischer Gesellschaft vor allem der in Geschichte und Klassenbewusstsein enthaltene Text ‚Methodisches zur Organisationsfrage‘, der nachhaltig auf die Entwicklung der Protestbewegung gewirkt haben soll. Hier wird einer „leninistischen (Kader-)Partei unter Führung einer (intellektuellen) Revolutionselite“ (96) die Aufgabe zugeordnet, das gesellschaftlich produzierte, falsche Bewusstsein der Arbeiterklasse zu transzendieren. Da nämlich auch die Arbeiterklasse unter dem Bann kapitalistischer Totalität steht und damit zur Sozialdemokratie tendiere, brauche es die Hierarchie und Disziplin einer Kommunistischen Partei, um den unvermeidlichen Klassenverrat zu verhindern und dem Arbeiter in seiner historischen Mission den Weg zu weisen. Dazu ausführlich BOHLENDER, Matthias: *„Wahrheit und Macht. Zur Kritik revolutionärer Subjektivierung bei Marx und Stirner“*, *Wahrheit und Revolution: Studien zur Grundproblematik der Marx’schen Gesellschaftskritik*, Bielefeld 2020, S. 117–166.

¹¹ Bemerkenswert an Texten von Lukács, Horkheimer und Marcuse ist, dass weniger Marx als vielmehr Max Weber als der – wenn auch eher implizite – Stichwortgeber fungiert. So steht etwa der von Horkheimer beschriebene autoritäre Staats(monopol)kapitalismus bzw. Staatssozialismus in der Tradition von Webers Bürokratisierungsthese, wonach die notwendige Expansion staatlicher Administration zur Aufhebung der Gesellschaft im Staat führt. Hieraus wird dann die eigene Praxis als Widerstand gegen eine „schleichende Faschisierung des Staates“ (90) erklärt. „Dem totalen Staat kann man aber nur (noch) in totaler Opposition begegnen.“ (ebd.)

Intellektuellen gewesen sei, die keine Verbindung zur ‚Masse‘ der arbeitenden Bevölkerung aufwies, die – so die Position der KPD/AO – nur eine Partei hätte herstellen und sichern können. Hierin sieht Gringmuth den eigentlichen Grund für die Attraktivität der Idee einer autoritären, hierarchisch strukturierten Avantgarde-Partei: Mit der Partei war die Hoffnung verbunden, die Diskrepanz zwischen der Arbeiterklasse und Studenten zu überwinden. Wer mit der Revolution ernst machen wollte, müsse sich folglich parteiförmig organisieren.¹² Die Partei galt darüber hinaus als das Organisationsmodell, mit dem die angelesenen Erkenntnisse über die historische Rolle des Proletariats in das Proletariat hineingetragen werden könnten.

Die Organisationsfrage

Die Hinwendung zu „Proletariat, Betriebsarbeit, Klassenanalyse, verbindlichen und disziplinierenden Arbeitsstrukturen“ (112) zeichnete sich bereits bei der letzten SDS-Delegiertenkonferenz im November 1968 ab. Dort lieferten sich Hans-Jürgen Krahl aus Frankfurt am Main und Christian Semler aus Westberlin ein Rededuell, wobei Krahl für den Weg einer antiautoritären Emanzipation qua Spontanität und Semler für den Weg einer hierarchischen, zentralisierten und parteiförmigen Organisation eintrat – bis die Veranstaltung von den Frauen des SDS gesprengt wurde. Die Auseinandersetzung um Strategie, Organisationsform und die Stellung der Intelligenz zum Proletariat wurde schließlich in schriftlicher Form fortgeführt, woraus Gringmuth ausführlich zitiert. Krahl, der diesbezüglich an zentralen Prämissen der Kritischen Theorie festhielt, verstarb überraschend im Winter 1970. Ohne ihren prominenten Führsprecher (Dutschke befand sich während dieser Zeit in Großbritannien) gewannen diejenigen Kräfte an Einfluss, die die Einheit der auseinanderfallenden Studentenbewegung mit autoritären bzw. zentralistischen Mitteln (wieder-)herstellen wollten.

Die Formierungs- und Parteigründungsphase wurde von den Protagonisten des Berliner SDS – anders als heute häufig dargestellt – weniger als Ende oder Abbruch, sondern vielmehr als Aufbruch und Fortsetzung einer bereits begonnenen revolutionären Entwicklung verstanden (vgl. 129-131). Zu dieser optimistischen Einschätzung trug nicht zuletzt der bereits erwähnte Ausbruch der Septemberstreiks im Herbst 1969 bei, der von den studentischen Theoretikern als Beginn eines radikal antigewerkschaftlichen Kurses einer im Kern revolutionären Arbeiterklasse interpretiert wurde (vgl. 149-167). Die sich nun durchsetzende ‚Proletarische Linie‘ erschien vielen Linken in Westberlin als die konsequente Weiterentwicklung der bereits bestehenden studentischen Basis- und Betriebsgruppen. Zugleich erfolgte eine Neubewertung der jüngsten Vergangenheit: SDS, APO und die antiautoritäre Bewegung wurden zur Vorgeschichte einer jetzt anstehenden Parteigründung degradiert. Entsprechend einer offenbar feststehenden Choreographie revolutionärer Umbrüche müsse auf die spontane Formations- oder Protestphase der Aufbau fester Organisationsstrukturen folgen - andernfalls würden sich die revolutionären Energien wieder verflüchtigen. Kurzum: die Gründung der KPD/AO im März 1970 wurde von ihren Mitgliedern und Sympathisanten als sowohl logisch folgerichtige wie auch historisch notwendige Transformation der (Protest-)Bewegung verstanden. Die Gründung der KPD/AO erscheint bei Gringmuth als eine fast schon notwendige, zumindest jedoch plausible Reaktion auf die Fehler der früheren Studentenbewegung (vgl. 361).

¹² Aktuelle Überlegungen dazu bei Katja Wagner, Lukas Egger und Marco Hamann: *Was tun in Zeiten der Schwäche?*, auf <https://communaut.org/de/was-tun-zeiten-der-schwaeche> (abgerufen am 15.11.2021).

Gringmuth weist zudem auf den Einfluss des Machtwechsels in Bonn 1969 hin: „[D]ynamisierend und radikalisiert auf den Prozess der Proletarischen Wende“ (141) habe der sozialliberale Regierungsantritt deshalb gewirkt, da er aus der Perspektive des SDS und seiner Nachfolger die ideologische Integration der Arbeiter und also die soziale Befriedung der wiedererstarkten Klassenkämpfe vorantrieb. Da die Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Bedingungen allgemein zum Klassenkompromiss mit dem Kapital neige, so die Lehren aus Lenin und Lukács, bedürfe es der Partei als unbestechlicher, objektiver Trägerin des wirklich proletarischen und also revolutionären Klassenbewusstseins, wie es sich in den wilden Streiks gezeigt habe. Kurzum: Die revolutionäre Partei wurde nicht zuletzt als Schutz gegen sozialreformerische Integrationsversuche konzipiert. Gegen die politischen Strategien des Establishments („Integration, Spaltung, Abgrenzung, Ausschluss“, 143) könne am Ende nur eine revolutionäre Partei mit einer kleinen, aber integren Avantgarde von Intellektuellen schützen. Die Bestimmung der Parteikader als exklusive Repräsentanten der objektiven Bewegungsgesetze der Geschichte immunisierte sie gegenüber jeder Kritik von außen bzw. von unten. Diese Haltung entfremdete die K-Gruppen im Laufe der 1970er Jahre von ihren Kommilitonen. Die KPD/AO bzw. die KSV wurden etwa Mitte der 1970er Jahre mehr und mehr als bisweilen skurrile Politsekte wahrgenommen, die einen „grenzenlosen Idealismus“ (403) bzgl. des revolutionären Potentials der Arbeiterklasse an den Tag legte. Die Enttäuschungen der Studenten im realen Kontakt mit den Arbeitern, die sich dezidiert gegen revolutionäre Forderungen aussprachen, bestärkte die Studenten in ihrer Annahme, nur mittels einer Partei sei man in der Lage, die zur Sozialdemokratie neigenden Arbeiter zu agitieren. Ohne die Macht einer Partei oder doch – zumindest vorerst – „festeren, hermetischen, Organisationsstrukturen“ (167) könne man den Arbeitern im Gegensatz zur SPD kein attraktives Angebot unterbreiten. Ohne eine reale sozialistische Perspektive verbleiben Streiks oder Fabrikbesetzungen auf der Ebene spontaner Revolten und punktueller Aufstände, die sich in trade-unionistischen Forderungen erschöpfen. Gegen eben diese Wechselhaftigkeit und die Anfälligkeit des Proletariats für bürgerliche Ideologie bedürfe es der Erziehung und Aufklärung durch die studentische Linke. Vom selbst beanspruchten Führungsauftrag, so Gringmuths Pointe, profitierten am Ende eben die die Bürgersöhne und -töchter, die vorgaben, mit dem Proletariat gemeinsame Sache zu machen. (vgl. 102f.) Das Avantgarde-Konzept sei letztlich nur der Ausdruck einer „idealistisch-voluntaristische[n] Einstellung“ (104) gewesen. Gerade indem die Kaderpartei vorgab, das richtige, revolutionäre Klassenbewusstsein der Arbeiter zu vertreten, reproduzierten sie Einstellungen und Haltungen einer akademischen Elite.

Schulung und Untersuchung als praktischer Vollzug parteiförmiger Organisation

Ergebnis der Organisationsdebatte war die Aufwertung zweier Praktiken: Schulung und Untersuchung. Schulung „wurde zum Zauberwort des Jahres 1969“ (169); ihr wurde die Vereinheitlichung und Zentralisierung der zerfallenden Bewegung zugetraut.¹³ Mittels Schulung versuchte man, „an ein Ende der Organisationsdebatte zu gelangen“ (170). Eine verbindliche Theorie, so die zeitgenössische Idee hinter dem Schulungsbegriff, verschaffe der politischen Arbeit eine gemeinsame Perspektive und einheitliche Stoßrichtung. Die organisierte Arbeiter- und Selbstschulung entlang der ‚richtigen Theorie‘¹⁴ und durch

¹³ Zu den unterschiedlichen Funktionen von ‚Schulung‘ siehe 173f.

¹⁴ Dazu wurde gezählt: Marx ‚Lohnarbeit und Kapital‘ sowie ‚Lohn, Preis und Profit‘; Lenin: ‚Was tun?‘ und ‚Staat und Revolution‘; Stalin: ‚Über die Grundlagen des Leninismus‘; zudem div. Texte von Mao. Zum Schulungskanon siehe ausführlich 206ff.

ausgebildete Kader müsse die bis dato mehr oder weniger zufällige Lektüre und eklektizistische Theorieaneignung der ‚kleinbürgerlichen Studentenbewegung‘ ersetzen und ein revolutionäres Klassenbewusstsein bei den Studierenden herstellen. So sollte der seit dem Sommer 1968 konstatierte „Mangel an Verbindlichkeit und Zentralisierung der vielfältigen Initiativen“ (415) überwunden werden. Es bedürfe, so die Überzeugung, einer (parteilichförmigen) Organisation, um die Schulungen und Theoriearbeit anzuleiten und konkrete Aktivitäten in der Fabrik zu reflektieren, zu koordinieren und entsprechende Kommunikationsstrukturen aufzubauen.

An die Stelle der ‚studentischen Arbeits-, Denk- und Verhaltensweisen‘ sollten fortan z.B. Disziplin und Beharrlichkeit nach dem Vorbild eines proletarischen Lebens- und Arbeitsstils – oder was man dafür hielt – treten.¹⁵ „Der Intellektuelle bereite mithin den Austritt aus seiner Klasse vor – und arbeite also zunächst an sich selbst. Er schulte sich in kollektiven, verbindlichen, genauen, korrektiven, solidarischen, perspektivischen – sozialistischen – Arbeitsweisen“ (187). Ziel der Selbstveränderung war der ‚individuelle Klassenverrat‘, also das Ablegen des bürgerlichen Habitus und das Aufgehen in der Arbeiterschaft. Individuell sollte sich der inszenierte Bruch mit der bürgerlichen Kultur für viele der damals Aktiven durch (verspätete) bürgerliche Berufskarrieren auszahlen.

Während die Schulung für die Theorievermittlung, Selbstveränderung und Ausbildung eines revolutionären Bewusstseins zuständig war, wird der Untersuchung von Gringmuth die Aufgabe praktischen Veränderung zugeordnet (vgl. 219). Grob gesagt, war die Schulung für die Theorie, die Untersuchung für die Praxis zuständig. Die Partei bildete die Klammer, die beides zusammenhielt.

Untersuchung meinte zweierlei: zum einen die reguläre Beschäftigung in einem Industriebetrieb, zum anderen die theoretische Reflexion und Einordnung der ‚teilnehmenden Beobachtung‘ im Fabrikalltag entlang der Klassiker von Marx bis Mao. Die Anwendung der Klassiker verfolgte den Zweck, aus der bloßen Beschäftigung im Betrieb eine objektive Analyse, etwa der konkreten Klassenzusammensetzung oder des Bewusstseins der Arbeiterschaft, zu machen, denn schließlich sollte das Ergebnis der Untersuchung nicht nur ein subjektiver Erlebnisbericht sein. Mit anderen Worten: die persönlichen Erfahrungen im Arbeitsalltag sollten im Lichte der Klassiker in verallgemeinerbaren Aussagen über die revolutionäre Situation im Betrieb bzw. der Branche überführt werden können – was aufgrund der verwendeten Theorien und deren Instrumente fehlschlug. Dies lag vor allem daran, dass die Studenten einen „seltsamen Anachronismus“ (240) pflegten, der eine Anpassung und Weiterentwicklung der verwendeten Theorien und Konzepte aus der 1920er und -30er Jahren an die bundesdeutsche Realität der 1970er Jahre überflüssig erscheinen ließ. „Es wurde also die damals aktuelle Situation der Bundesrepublik sehr streng mit der der späten Weimarer Republik gleichgesetzt“ (241).¹⁶

Durch den Bezug auf die Geschichte der Arbeiterbewegung und die realsozialistischen Länder der Gegenwart (vor allem China) wertete die Studenten die eigene Praxis als

¹⁵ Im Anschluss an Lukács‘ Erkenntnis- und Ideologietheorie konnte auch begründet werden, warum die Studenten aufgrund ihrer bürgerlichen Sozialisation ohnehin kein wirkliches Interesse an der Revolution haben konnten und – als Revolutionäre – folglich Arbeiter werden mussten.

¹⁶ Lang- und mittelfristiges Ziel der teilnehmenden Beobachtung war zudem der Aufbau von Kommunikationsstrukturen in den Betrieben (z.B. in Diskussionen mit den Kollegen während der Arbeitspausen), um so über Agitation und Basisarbeit bereits vorhandene Konflikte zu politisieren und weitergehende Aktionen (Streiks, außergewerkschaftliche Organisation, Parteiaufbau) vorzubereiten.

Fortführung einer kommunistischen Tradition auf, die in der Bundesrepublik abgebrochen war. Die Rückversicherung und Aufwertung der eigenen Aktivitäten durch eine bedeutende Vergangenheit sowie durch die revolutionären Bewegungen im ‚Trikont‘ war, so Gringmuths wenig provokante These, letztlich der Versuch, die eigene Bedeutungslosigkeit zu kompensieren. Eben diese ermöglichte aber die totale Einbindung in die Partei: Rückschläge konnten durch eine Identifikation mit der Organisation und ihren Zielen verarbeitet werden, wie auch bereits Jan Ole Arps betonte: Die Partei und ihr „Organisationsfetisch“¹⁷ wurden zu einer Art hermetisch abgeschlossener „Ersatzwirklichkeit“¹⁸, auf die man umso weniger verzichten konnte, je mehr sich die tatsächlichen Erfahrungen im Kontakt mit ‚dem Industriearbeiter‘ und die programmatischen Ansprüche des Führungskaders widersprachen.¹⁹

Szene und Lebenswelt

Gringmuth beschäftigt sich sehr ausführlich mit der „Szenekommunikation“ (244) in der Roten Presse Korrespondenz (RPK), um den Mentalitätswandel der Neuen Linken der K-Gruppen gegenüber ihren Vorläufern mit eher antiautoritären Einstellungen und Haltungen zu belegen. In kulturhistorischer Manier werden Kleinanzeigen, private Inserate und Anzeigen von linken Buchläden und Kneipen in der RPK sowie literarische Werke der frühen 1970er Jahre analysiert, was m.E. lediglich die bereits hinreichend belegte Ausdifferenzierung und Abschottung von Subkulturen in den 1970er Jahren illustriert, darüber hinaus keine neuen Erkenntnisse liefert. Als Ergebnis seiner Fleißarbeit hält Gringmuth die „Zerstörung einer linken Öffentlichkeit“ (302) fest, die erst als Neue Soziale Bewegung am Anfang der 1980er Jahre wieder zueinander finden sollte.

Die Hochschule als Hort kritischer (Gegen-)Öffentlichkeit

Interessanter sind da schon die Passagen zur Hochschule als Ort der Sozialisation, Vergemeinschaftung und kollektiver Praxis. Gringmuths Diagnose: An der Universität – Gringmuth betrachtet speziell das Germanistische Seminar der FU Berlin – sei von den K-Gruppen das bürgerliche Privileg auf ‚Bildung und Kultur‘ nicht nur unfreiwillig reproduziert, sondern geradezu gegen die sozial- und bildungsreformerischen Bestrebungen einer Egalisierung (aber eben auch einer Ökonomisierung) von Bildung verteidigt wurden (vgl. 36f., 307 u. 367). Wie das? Die Hochschulreformen der 1960er und 1970er Jahre erfolgten in Reaktion auf die Dysfunktionalität der Universitäten angesichts der veränderten Anforderungen einer post-fordistischen Dienstleistungsgesellschaft. Ein wesentliches Ziel der Bildungsreformen bestand darin, mit den technischen Universitäten und der Massenuniversität neuen Bevölkerungsschichten den Zugang zur wissenschaftlichen Ausbildung zu eröffnen. Die „technokratisch deformierte“ (Peter Brückner) Umsetzung der Hochschulreform rief allerdings den Unmut der Studenten hervor, die sich anstelle einer Ökonomisierung und Verschulung eine weitergehende Demokratisierung der Hochschule erhofft hatten. Daher richtete sich der instinktive Abwehrkampf der Studenten gegen Ende der 1960er Jahre gegen eine „Öffnung der Universitäten für breite Bevölkerungsschichten, im Rahmen einer umfassenden Bildungsreform. Die Kritik an der Hochschulreform, gleichwie sie formuliert wurde, war indirekt auch ein Kampf zur Verteidigung der alten,

¹⁷ ARPS: *Frühschicht*, S. 157.

¹⁸ Ebd., S. 109.

¹⁹ Vgl. zur revolutionären Selbstvergewisserung durch Identifikation mit den politischen Zielen der Organisation ebd., S. 113 und S. 159.

„geliebten“ und höchst exklusiven Ordinarienuniversität.“ (334, vgl. auch 355f.). Hinter der restaurativen Kritik an der Modernisierung der Hochschule verbarg sich, so Gringmuth, aber weniger ein elitärer Dünkel einer akademischen Elite, als vielmehr ein naiver Glaube an die gesellschaftsverändernde Macht von Kultur, Bildung und Aufklärung, wie er auch in der Avantgarde-Konzeption der Parteikader gegenüber den zu führenden Arbeitern zum Ausdruck kam. „Pädagogik statt Klassenkampf“ (335). Dem Programm der Aufklärung durch Wissen traute man die Veränderung der Welt zu, da man letztlich davon überzeugt gewesen sei, „die gesamte Gesellschaft funktioniere im Grunde wie eine große Universität“ (308). Aus eben diesem Grund musste die alte Universität als Hort der Wissenschaft und des Denkens gegen die Modernisierung verteidigt werden (vgl. 312). „Man hat sie so geliebt, die Universität und (bewusst und unbewusst) so sehr an die Macht des Deutungsmusters Bildung und Kultur geglaubt, dass man selbst den letzten konservativen Unhold zum Marxisten erziehen zu können glaubte, mittels universitärer Kraft und ihrer Strukturen.“ (335) Das Deutungsmuster Bildung und Kultur, so Gringmuth, überlebte langfristig andere Deutungsmuster wie Klassenkampf und Protest (vgl. 416). Gringmuths Fazit: „Der akademische Marxismus an den Universitäten war [...] der letzte Hort des (neuen und alten) Bildungsbürgertums.“ (392f.) Auch die Forderung nach der ‚sozialistischen Universität‘ erwies sich am Ende als die Reproduktion des bildungsbürgerlichen Topos des ‚wahren Wissens‘ und seiner top-down-Vermittlung durch eine akademisch ausgebildete Elite.

Die Universität als Ausbildungsstätte der Berufsrevolutionäre und Ort der Agitation

Ab 1972 sahen sich linke Studenten und Dozenten mit Berufsverboten und andere Repressionen konfrontiert, weshalb es fortan vor allem darum ging, das bereits Erreichte zu erhalten („Rückzugsgefechte“, 355). Besonderes Engagement legten dabei die Germanisten der FU Berlin an den Tag, deren Institut im Zuge staatlicher Bildungsreformbemühungen in seiner bisherigen Form als unnütze ‚Luxuswissenschaft‘ abgeschafft und zur modernen Kommunikationswissenschaft umgebaut werden sollte. Aus ihren Reihen rekrutierten sich einige der prominentesten Akteure der Proletarischen Wende in Westberlin, die Gringmuth im letzten Drittel des Buches mit dem Kampf gegen die technokratische Hochschul- und Studienreform kurzschließt (vgl. 338 u. 355). Gegen ein verkürztes Studium, praxisnahe Lehrinhalte und eine stärkere Ausrichtung des Universitätsbetriebs auf die Qualifizierung für den Arbeitsmarkt sollte die Universität als Freiraum erhalten werden – und nicht zuletzt als Ort der Organisation, Agitation sowie Aneignung und Vermittlung der Geschichte der Arbeiterklasse und ihrer Theorien. Die Rekrutierung neuer Mitstreiter im Klassenkampf, so die nicht ganz unplausible Annahme der KPD/AO, würde sich in einer verschulden Massenuniversität weitaus schwieriger gestalten.

Zugleich wurden aber die Universitätsreform und ihre „fortschrittliche[n], berufsbezogene[n] Ausbildungsentwürfe“ für einen sich verändernden Arbeitsmarkt als Vorbereitung für eine revolutionäre Berufspraxis der Absolventen begrüßt. Die zeitgenössische Parole dafür lautete: „Bereitet im Studium revolutionäre Berufspraxis vor“ (356). Die stärkere Orientierung am Arbeitsmarkt, an der Berufsausbildung und der Praxis hebe tendenziell, so die Argumentation der KPD/AO, die Spaltung der lohnabhängigen Klassen in Studenten und Arbeiter, Kopf- und Handarbeit auf (vgl. 356). Die Hochschulreform sei schließlich auch „notwendiger Ausdruck der Umorganisation der wissenschaftlichen Ausbildung nach den veränderten Verwertungsbedingungen des Kapitals“ und entspreche damit „einem höheren Grad der Vergesellschaftung der

Produktion“, „der von den Kommunisten nicht bekämpft wird“²⁰. Da die KPD/AO sich im Gleichschritt mit dem gesellschaftlichen Fortschritt wähnte, galt es, die sich abzeichnenden Veränderungen auf der Ebene der Produktivkräfte (Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft) positiv aufzugreifen und zu beschleunigen. Die zukünftig nachgefragten, akademisch ausgebildeten Wissensarbeiter, so ließe sich der Widerspruch zwischen Reformabwehr und -befürwortung auflösen, müssten freilich von einer Avantgarde (etwa die Rote Zelle Germanistik – RotZeG – der FU Berlin) geführt werden, die daher nicht der Rationalisierung des Reformprozesses unterliegen dürfe. Gedanken dieser Art legt Gringmuth allerdings nur nahe, ohne sie auszuführen. Es bleibt dem Leser überlassen, die bisweilen aneinandergereihten Zitate zu Hypothesen zu verdichten.

Spätestens im letzten Viertel des Buches verliert sich Gringmuth in seiner Argumentation. Immer wieder kreist er um die These, die KPD/AO und seine Hochschulorganisation, der KSV (Kommunistischer Studentenverband), sei eine „Intellektuellenorganisation“ (367) gewesen, die sich – entgegen der Selbstdeutung und der expliziten Hinwendung zum Marxismus-Leninismus – am bürgerlichen Ideal von ‚Bildung und Kultur‘ orientierte. Im Rahmen der Proletarischen Wende hätten sich insbesondere die Parteikader bürgerliche Kulturtechniken antrainiert, der ihre späteren Karrieren als Elite der Republik befördern sollten (vgl. z.B. 370). Fähigkeiten und Fertigkeiten bei der Bildungsarbeit und Wissensvermittlung oder etwa der Organisation von Schulungen hätten ein entsprechendes kulturelles und soziales Kapital generiert, das sich später in Status, Prestige, Macht usw. eintauschen ließ. Paradoxerweise habe also gerade die beabsichtigte Unterordnung der Berufsrevolutionäre unter das Proletariat als Klasse – zeitgenössische Parolen lauteten beispielsweise ‚Die Arbeiterklasse muss bei allem die Führung innehaben‘ – zur Konservierung eines bürgerlichen Arbeitsethos beigetragen, die der Wertewandel von den autoritären Pflicht- zu den individualistischen Selbstverwirklichungswerten in Frage gestellt hatte.²¹

Einschätzung und Kritik

Zunächst ließe sich die Ausgangsbeobachtung der Arbeit in Frage stellen: „die Idee eines sich völlig aus dem Nichts heraus entwickelnden Leninismus bzw. (westlich gewendeten) Maoismus, eine sich in vollständiger (geistiger, theoretischer wie politisch-praktischer) Leere vollziehenden Proletarischen Wende“ (417). Wirft man nämlich einen Blick in die einschlägigen Untersuchungen zum Thema, fällt auf, dass sich alle um eine entsprechende Kontextualisierung bemühen.²²

Auch die Synthese seiner Ergebnisse entlang der drei Untersuchungsebenen oder Themenbereiche (Theorie/Schulung + Praxis/Untersuchung im Betrieb =

²⁰ Rote Presse Korrespondenz Nr. 118, 4.6.1971: KSV: Leitsätze, 6, zitiert bei Gringmuth, 380.

²¹ Dazu die Diskussionen in RÖDDER, Andreas und Wolfgang ELZ (Hrsg.): *Alte Werte - neue Werte: Schlaglichter des Wertewandels*, Göttingen 2008 und DIETZ, Bernhard, Christopher NEUMAIER und Andreas RÖDDER (Hrsg.): *Gab es den Wertewandel?: neue Forschungen zum gesellschaftlich-kulturellen Wandel seit den 1960er Jahren* ;, München 2014. Siehe auch DIETZ, Bernhard und Jörg NEUHEISER (Hrsg.): *Wertewandel in der Wirtschaft und Arbeitswelt: Arbeit, Leistung und Führung in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/Boston 2016.

²² Etwa STEFFEN, Michael: *Geschichten vom Trüffelschwein: Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*, Berlin 2002 oder KÜHN, Andreas: *Stalins Enkel, Maos Söhne: die Lebenswelt der K-Gruppen in der Bundesrepublik der 70er Jahre*, Frankfurt/Main 2005.

Partei/Organisation) (vgl. 415) lässt den Leser ratlos zurück.²³ So etwa, wenn Gringmuth im Fazit schreibt, dass die „beiden Zentral- und Leitbegriffe ‚Schulung‘ und ‚Untersuchung‘ [...] innerhalb der Bewegung an Bedeutung [gewinnen] und [...] dabei den Protagonisten, auf verschiedene aber sich ergänzende Weisen, letztlich doch nur Organisation [bedeuten].“ (416) Insgesamt bleibt die in Aussicht gestellte Analyse des Mentalitätswandels eines Teils der Neuen Linken blass, was nicht zuletzt an der bisweilen kryptischen, bisweilen abstrakten Bestimmung von Mentalität liegt (etwa 304-306).²⁴ Wie die Veränderung von Mentalität mit Sprache, Handeln und z.B. Organisationsstrukturen zusammenhängt, bleibt bis zum Schluss undeutlich.

Ärgerlich ist zudem die beständige Vermischung unterschiedlicher Ebenen: Zeitdokumente, retrospektive Einordnung von Zeitzeigen, geschichtswissenschaftliche Interpretationen und Gringmuths eigene Deutung stehen unverbunden nebeneinander. Zudem weiß man oft nicht, über welchen Zeitraum Gringmuth spricht: befindet man sich noch bei der Studentenbewegung oder doch schon bei den K-Gruppen? Häufig vermisst man einen roten Faden. Gringmuth gibt zwar hier und da Hinweise, worum es ihm geht (etwa der beständig eingeflochtene Rekurs auf Hochschulpolitik, Bildungsreform und bürgerlicher Hochkultur), verliert sich dann aber in unsystematischen und häufig redundanten Ausführungen. So fragt man sich etwa, wofür die z.T. ausführlichen Zitate stehen und was genau sie eigentlich belegen sollen. Man liest lange Auswertungen von Anzeigen aus der RPK oder detaillierte Vergleiche zwischen der Zeitschrift ‚agit 833‘ und der RPK, ohne zu wissen, wofür. Irritierend wirken zudem die eingeschobenen Passagen zu aktuellen Fragen linker Politik, etwa wenn auf S. 242 darüber räsoniert wird, was Marxismus sei und in welcher Hinsicht die KPD ihn missverstanden habe.

Problematisch ist zudem, dass sich Gringmuths Verständnis von 1968 aus der retrospektiven Einordnungen damaliger Teilnehmer speist, relevante Forschungsliteratur zum Thema (etwa Ingrid Gilcher-Holtey) jedoch nicht zur Kenntnis genommen wird.²⁵ Auch fehlen die zentrale Arbeiten der Zeitgeschichtsforschung ‚nach dem Boom‘.²⁶ Als Referenzen und Stichwortgeber tauchen hingegen immer wieder Autoren mit Schriften aus den 1980er und 1990er Jahren auf, wie etwa Georg Bollenbeck, Frank Böckelmann oder Sebastian Scheerer (letzter fehlt – wie übrigens einige andere Titel auch – im Literaturverzeichnis). Hingegen sucht man einen Überblick über den aktuellen Stand der Zeitgeschichtsforschung – bis auf die Nennung der einschlägigen Arbeiten zu den K-Gruppen – vergebens (vgl. 18). In zentralen Fragen folgt Gringmuth mal explizit, mal implizit zumeist Gerd Koenen (z.B. bezüglich der Reinszenierung der 1920er und 1930er Jahre durch die K-Gruppen der 1970er

²³ Es existierte ein interner Zusammenhang von Schulung, Untersuchung und Organisation, den Gringmuth mit folgender Formel zu erfassen versucht: Schulung (Theorieangebot) + Untersuchung (Praxisebene) = Organisation (inkl. Parteidisziplin und Modell des ‚demokratischen Zentralismus‘). Vgl. 415.

²⁴ Eine gute Einführung in die Problematik „Mentalität“ bietet SCHNEPF, Robert: *Geschichte erklären: Grundprobleme und Grundbegriffe*, Göttingen 2011, S. 121–130.

²⁵ Die Diskussion über die Aktualität von 1968 bei ZWARG, Robert: „Forever Achtundsechzig. Rezension zu ‚1968. Soziale Bewegungen, geistige WegbereiterInnen‘ von Jens Bonnemann, Paul Helfritzsch, Thomas Zingelmann (Hg.) und ‚Im Vorraum. Lebenswelten Kritischer Theorie um 1969‘ von Dennis Göttel und Christine Wessely (Hg.)“ in: *Soziopolis.de* (17.06.2021), <https://www.sozio-polis.de/forever-achtundsechzig.html> (abgerufen am 19.07.2021) und BÜHRER, Werner: „Alte und neue Deutungskämpfe um ‚1968‘“, in: *Neue Polit. Lit.* 64/1 (2019), S. 3–25. Als Überblick auch BERGER, Stefan und Christoph CORNELISSEN (Hrsg.): *Marxist Historical Cultures and Social Movements during the Cold War - Case Studies from Germany, Italy and Other Western European States* 2019.

²⁶ Siehe dazu die Veröffentlichungen des Forschungsverbands ‚Nach dem Boom‘ auf <http://www.nach-dem-boom.uni-tuebingen.de/index.php> (abgerufen am 07.11.2019).

oder dem Umstand, dass die Kader der K-Gruppen den bürgerlichen Habitus des Intellektuellen reproduzieren).²⁷ Wirkliche neue Einsichten liefert Gringmuths Arbeit – trotz Auswertung neuer Quellen – nicht. Man erfährt kaum etwas, was man – in komprimierter Form – nicht schon bei Jan Ole Arps ‚Frühschicht‘ hätte erfahren können.

Am Ende bleibt der Eindruck eines Konvoluts, das zwar interessante Einblicke in die Übergangsphase der Selbstaflösung des SDS am Ende der 1960er und der Parteigründungswelle am Anfang der 1970er Jahre bietet, aber insgesamt hinter den eigenen Ansprüchen, eine Mentalitätsgeschichte der bundesrepublikanischen Linken zu schreiben, zurückbleibt.

²⁷ KOENEN, Gerd: *Das rote Jahrzehnt: unsere kleine deutsche Kulturrevolution 1967 - 1977*, Köln 2001.